Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan-Entwurf

2003

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Einzelplan 1.1 Senat und Senatsämter

Vorwort zum Einzelplan 1.0

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Im Einzelplan 1.0 sind die Verfassungsorgane Bürgerschaft, Verfassungsgericht und Rechnungshof zusammengefasst. Da diese drei Bereiche voneinander unabhängige Einrichtungen darstellen, ist es nicht möglich, allgemeingültige Aussagen zu treffen.

Vertiefende Aussagen zur Aufgabenwahrnehmung in den Verfassungsorganen enthalten die allgemeinen Aussagen und die Produktinformationen in den jeweiligen Kapiteln.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben sind in den jeweiligen Kapiteln dargestellt.

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die einzelnen Strukturen sind in den jeweiligen Kapiteln dargestellt.

4. Kontenrahmen für Dienstbezüge und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2002, dass im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2002 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2001, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2001), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2002 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Basisveränderungen und
- notwendige Korrekturen aufgrund von Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91), der Angestellten (Titel 435.91) und Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91),
 - an den Beihilfen (Titel 441.91).

Die finanziellen Auswirkungen möglicher linearer Tariferhöhungen (frühestens ab 1. November 2002) und linearer Besoldungserhöhungen (frühestens ab 1. Januar 2003) werden **zentral** vorgehalten und den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage zum Einzelplan dargestellt (blaue Seiten). Die ausgewiesenen Stellenbestände entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Veränderungen in den dezentralen Verfahren zum Stichtag der Schnittstellenübergabe.

Stellenplanentwurf 2003

Kapitel	Stellenzahl	Neue Stellen 2003		Stel	llenhebungen 2	003
	2003	Anzahl	in Tsd. EUR	Anzahl	in Tsd. EUR	Progr.
1000 Bürgerschaft	76					
1030 Rechnungshof	137					

5. Kontenrahmen für Sachausgaben

Keine wesentlichen Veränderungen gegenüber 2002.

6. Einzelplandeckungskreise

Keine Veränderungen gegenüber 2002.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

entfällt

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

Die Gleichstellung von Frauen wird entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gefördert. Darüber hinaus gibt es keine frauen- und mädchenspezifischen Maßnahmen und Projekte. Ebenso gibt es keine Projekte und Maßnahmen, die zur Gleichstellung von Schwulen und Lesben beitragen.

9. Produktinformationen (generelle Hinweise)

Aussagen hierzu enthalten die jeweiligen Kapitel.

Produktinformationen 2003

Produktbereich: Bürgerschaftskanzlei

Produktbereichskennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen in Tsd. EUR	134	141	145
Personalausgaben in Tsd. EUR	12.417	12.332	11.658
davon für PUA und Enquete-Kommissionen (Mitglieder des Arbeitsstabes von der Bürgerschaftskanzlei eingestellt) in Tsd. EUR	0	0	0
davon für PUA und Enquete-Kommissionen (Sollübertragungen an andere Behörden) in Tsd. EUR, im IST nicht in der Summe Perso- nalausgaben enthalten	0	0	0
davon Leistungen an Abgeordnete in Tsd. EUR	8.802	8.753	8.236
Sach- und Fachausgaben in Tsd. EUR	7.451	7.478	6.822
davon für PUA und Enquete-Kommissionen in Tsd. EUR	0	0	0
Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	301	382	473
Stellen	75	75	71
Durchschnittliches Beschäftigungsvolumen	74	74	67
Abgeordnete	121	121	121
Fraktionen und Gruppen	5	5	5

Ziele des Produktbereiches

- Z 1 Unterstützung der Bürgerschaft und ihrer Präsidentin bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben.
- Z 2 Bereitstellung von parlamentarischen Informationen für die interessierte Öffentlichkeit.

Produktgruppen – Überblick

- PG 01 Interner Service, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung
- PG 02 Plenar- und Ausschussangelegenheiten
- PG 03 Recht-, Eingaben- und Abgeordnetenangelegenheiten
- PG 04 Parlamentarische Informationsdienste

Produktgruppe 01: Interner Service, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Schaffung der strukturellen Voraussetzungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen der Bürgerschaftskanzlei. Leitungsunterstützung in Sachen Ressourceneinsatz und wirksame Gestaltung der Darstellung der Bürgerschaft, insbesondere der Präsidentin in der Öffentlichkeit.

Produkte

P 0101 Interner Service

Interne Aufgaben- und Technikunterstützung (Personalbetreuung, Betrieb der luK-Infrastruktur, Bereitstellung von Anwendungen, luK-Benutzerbetreuung und -beratung, Geräte- und Materialverwaltung, Gebäudemanagement (im Rahmen der Richtlinie zum Fraktionsgesetz auch für die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen).

P 0102 Ressourcensteuerung

Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Sach- und Personalbudgets, Controlling, Prozessoptimierung, Organisation und Personalplanung).

P 0103 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen aller Art; Bürgerberatung.

Produktbereich Bürgerschaftskanzlei

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	10	10	145
Betriebseinnahmen	10	10	107
Investitionseinnahmen	0	0	39
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.425	2.478	2.491
Personalausgaben	928	913	917
Sach- und Fachausgaben gesamt	1.196	1.184	1.248
– Zuwendungen	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	0	0	123
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	301	382	327

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000
Durchschnittliches Beschäftigungsvolumen	19,3	19,3	17,7	14,2
Produkt P 0101: Allgemeine Dienste				
Anzahl der Fortbildungstage pro Beschäftigten	4,0	3,0	2,8	2,9
Standardkennzahlen				
Anzahl der (aktiv und passiv) Beschäftigten	87	87	82	81
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten je Beschäftigten in EUR	1.290	1.248	1.092	1.193
- Durchschnittliche Personalverwaltungskosten je Beschäftigten in EUR	792	762	772	738
- Durchschnittliche Personalentwicklungskosten je Beschäftigten in EUR	498	486	320	455

Produktgruppe 02: Plenar- und Ausschussangelegenheiten

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Produkte

P 0201: Plenarangelegenheiten

Durchführung von Bürgerschaftssitzungen; Bearbeitung von Kleinen und Großen Anfragen; Festhalten und Weitergabe von Entscheidungen in Form von Protokollen, Berichten u.ä.; Berichterstattung an andere; (rechtliche und fachliche Beratung; Umsetzung der rechtlichen Ansprüche; sonstige monetäre Angelegenheiten).

P 0202: Ausschussangelegenheiten

Betreuung der bürgerschaftlichen Ausschüsse, (Durchführung der Ausschusssitzungen, Erstellung von Berichten und Protokollen).

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	0	0
Betriebseinnahmen	0	0	0
Investitionseinnahmen	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.257	2.229	2.257
Personalausgaben	1.165	1.149	1.133
Sach- und Fachausgaben gesamt	1.092	1.081	979
– Zuwendungen	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	0	0	0
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	146

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Beschäftigungsvolumen	24,7	24,7	21,9	20,1	-
P 0201: Plenarangelegenheiten					
Sitzungstage der Bürgerschaft ¹	25	25	20	25	29
Kleine Anfragen	875	875	813	875	847
Große Anfragen	65	65	50	67	60
Anträge	400	400	187	380	374
Gesetzentwürfe	50	50	42	51	35
Ausschussberichte	250	250	252	254	275
Senatsberichte	75	75	99	71	78
P 0202: Ausschussangelegenheiten					
Anzahl betreuter Ausschüsse ²	17	17	19	19	19
Ausschusssitzungen	160	160	121	158	168

Produktgruppe 03: Recht, Eingaben und Abgeordnetenangelegenheiten

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Unterstützung der Bürgerschaft und ihrer Präsidentin bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Aufgaben.

Sicherstellung eines umfassenden, kompetenten und an den Wünschen der Kundinnen und Kunden orientierten Administrations- und Rechtsservices für das Parlament (Präsidentin, Abgeordnete und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ehemalige Abgeordnete, Ausschüsse, Fraktionen und Gruppen), Parteien, Bürgerinnen und Bürger.

Zeitnahe und vollständige Befriedigung der Anliegen der Kundinnen und Kunden.

Produkte

P 0301: Recht und Eingaben

Allgemeine Rechtsangelegenheiten; Geschäftsstelle des Eingabenausschusses, rechtliche Überprüfung und Bearbeitung der Eingabenvorgänge, Beratung von Petenten.

P 0302: Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien

Leistungen nach dem Abgeordneten- und dem Fraktionsgesetz; Parteienfinanzierungen; Angelegenheiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten.

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	124	131	0
Betriebseinnahmen	-	-	-
Investitionseinnahmen	-	1	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	14.011	13.944	12.839
Personalausgaben	9.367	9.308	8.723
Sach- und Fachausgaben gesamt	4.644	4.636	4.116
– Zuwendungen	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	4.438	4.438	3.958
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0

_

Im Wahljahr 2001 hat es aufgrund der Konstituierung der Bürgerschaft im Spätherbst keine Haushaltsberatungen gegeben, im Jahr 2002 kommt es zu 2 Haushaltsberatungen mit je 3 Sitzungstagen.

² Es existieren zurzeit 17 ständige Ausschüsse (mit insgesamt 6 Unterausschüssen), 1998: zuzüglich 1 Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA), 1999:1 PUA, 1 Enquete-Kommission, 2000: 2 Enquete-Kommissionen, 2001: 1 Enquete-Kommission

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Beschäftigungsvolumen	10,7	10,7	8,1	8,4	-
P 0301: Recht und Eingaben					
Gutachten zu allgemeinen Rechtsfragen	200	200	200	-	-
Anzahl der Eingabenausschusssitzungen	60	60	42	52	55
Eingaben	800	800	773	969	860
davon beschleunigte Verfahren	350	350	293	413	443
Schriftliche Stellungnahmen zu Eingaben	800	800	773	969	860
Beratungen in Eingabenangelegenheiten	650	650	650	-	-
Neue gerichtliche Verfahren					
P 0302: Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien					
Anzahl der Abgeordneten	121	121	121	121	121
Wechsel von Abgeordneten pro Jahr	7	7	64	3	2
Persönliche Zahlungen in Tsd. EUR	4.784	4.808	4.491	4.139	4.105
Bürokosten in Tsd. EUR	639	591	782	561	553
Kosten für die Beschäftigung von Mitarbeitern in Tsd. EUR	3.033	3.095	2.862	2.814	2.742
Durchschnittliche Jahreskosten pro Mandat in Tsd. EUR ³	70,3	69,9	64,4	62,0	61,1
Anzahl der ehemaligen Abgeordneten bzw. Hinterbliebenen, die Versorgungsleistungen erhalten	27	23	23	18	18
Zahlungen pro Jahr in Tsd. EUR	134	128	102	112	111
Anzahl der Fraktionen und Gruppen	5	5	5	4	4
Zuschüsse nach dem Fraktionsgesetz in Tsd. EUR	4.021	4.021	3.580	3.261	3.136
Anzahl der anspruchsberechtigten Parteien	5	5	6 4	8	8
Zahlungen pro Jahr in Tsd. EUR	417	426 ⁵	379 ⁵	406	405

Produktgruppe 04: Parlamentarische Informationsdienste

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Unterstützung der Bürgerschaft und ihrer Präsidentin bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben, umfassende, fachlich kompetente, zeitnahe und kundenorientierte Informationsvermittlung und -versorgung für die Bürgerschaft und andere Nutzer (Behörden, Presse, Öffentlichkeit).

Produkte

P 0401: Parlamentsdokumentation

Auswertung und Bereitstellung von Parlamentsmaterialien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung

P 0402: Parlamentsbibliothek

Bereitstellung von Fachliteratur und anderer Medien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung, Videoaufzeichnung von Fernsehsendungen

P 0403: Pressedokumentation

Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften, Pressespiegelerstellung, Inhaltserschließung, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung

P 0404: Internetservice für Abgeordnete und Fraktionen

Bereitstellung parlamentarischer Informationen über das Internet, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendung

³ Hierzu gehören auch die Kosten für die Beschäftigung von Mitarbeitern und Bürokosten (Deckungskreis 01 ohne Titel 1000.411.04 und 411.11).

Anspruchsberechtigt sind 5 Parteien und nur im Jahr 2001 zusätzlich eine Wählervereinigung.

Schlusszahlung 2001 für eine Partei erfolgt erst in 2002; entsprechende Resteübertragung für die Schlusszahlung und die Zahlung an die Wählervereinigung ist erforderlich.

Haushaltsdaten	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	0	0
Betriebseinnahmen	0	0	0
Investitionseinnahmen	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.479	1.542	1.366
Personalausgaben	958	964	886
Sach- und Fachausgaben gesamt	521	579	480
– Zuwendungen	-	-	-
– gesetzliche Leistungen	41	39	30
Sonstige Betriebsausgaben	-	-	-
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	0	0	0

Kennzahlen	Plan 2003	Plan 2002	Ergebnis 2001	Ergebnis 2000	Ergebnis 1999
Durchschnittliches Beschäftigungsvolumen	18,8	18,8	18,7	19,6	-
P 0401: Parlamentsdokumentation					
Archivierte Dokumente der Bürgerschaft (Drucksachen, Plenarprotokolle, Ausschussprotokolle)	40.000	40.000	40.464	44.132	52.837
Archivierte Dokumente anderer Parlamente (Drucksachen, Plenarprotokolle; je 1 Exemplar)	21.500	21.500	21.755	22.922	23.114
Erschließung der hamburgischen Dokumente (formal u. inhaltlich)	1.700	1.700	1.638	1.926	1.769
Erfassung der Vorgänge in Datenbanken (1998 u. 1999 in 2 Systemen)	1.500	1.500	1.438	1.587	3.538
Fachauskunft und Recherche 6	4.700	4.700	4.710	5.597	-
P 0402: Parlamentsbibliothek					
Medienbestand (Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, Mikroformen, Videobän- der u.a.)	78.000	77.000	76.367	77.242	79.149
Erschließung der Medien (Katalogisierung u. inhaltliche Erschließung aus Zeitschriften u. Büchern)	1.300	1.300	1.297	1.341	1.427
Fachauskunft und Recherche	2.400	2.400	2.293	2.671	-
P 0403: Pressedokumentation					
Zugang an Presseausschnitten (Ablage in Datenbank aus urheberrecht- lichen Gründen zurückgestellt; Mehrfach- ablage weiterhin nötig)	60.000	60.000	66.306	55.299	57.469
Ausgewertete und erschlossene Presseausschnitte	28.000	28.000	26.077	29.983	28.812
Ausgewertete Publikationen (eig. Auswahl u. Vorauswahl durch Staatl. Prst.)	61	61	60	65	65
Fachauskunft und Recherche	2.000	2.000	1.504	2.098	-
Veröffentlichte Pressespiegel	504	504	480	492	497
Kosten eines Pressespiegels (Stückzahl)	4,24	4,16	4,28	-	-
Kosten einer Ausgabe des Pressespiegels (in EUR)	716,57	703,23	680,88	-	-
Gesamtkosten des Pressespiegels pro Jahr (in EUR)	343.954	337.548	326.822	-	-
Anzahl der Pressespiegelausgaben	480	480	480	-	-
Auflage pro Pressespiegel	169	169	169	160	160

⁻

⁶ Diese Kennzahl wurde 1998 (11.260) und 1999 (11.001) noch nicht nach Produkten differenziert

Seite 1

Stand 11.12.2002

 $\mathsf{H} \mathsf{A} \mathsf{U} \mathsf{S} \mathsf{H} \mathsf{A} \mathsf{L} \mathsf{T} \mathsf{S} \mathsf{P} \mathsf{L} \mathsf{A} \mathsf{N}$

DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2003

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Anordnungsbefugt ist, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist: Bürgerschaftskanzlei

Deckungskreise

Deckungskreis im Kapitel 1000

01 - Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

Einzelplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR)

- Haushaltsjahr 2003 -

	KAPITEL	Steuern O ohne O9 Steuerähnliche Abgaben (A) O9		Gebühre 111 Übri Verwaltungs 1 ohne	
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4
1000	Bürgerschaft	- - A	- - A	- G 10	- G 10
1020	Verfassungsgericht	- - A	- A	- G -	- G
1030	Rechnungshof	- - A	- - A	- G -	- G -
	Gesamteinnahmen 2003 / 2002	- A	- - A	- G	- G
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	- A		- G	

- Einnahmen - - Haushaltsjahr 2003 -

	Gesamteinnahmen		Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38		Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z) 33, 34		nde gungen	Laufe Übertra 2
Kap. Nr.	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003
	12	11	10	9	8	7	6	5
1000	141	134	131	124	- - Z	- - Z	-	-
1020	-	-	-	-	- - Z	- - Z	-	-
1030	-	-	-	-	- - Z	- - Z	-	-
Ges einn.	141	134	131	124	- - Z	- - Z	-	-
_		7 -		7 -				-
						- Z		

Stand 11.12.2002

- Haushaltsjahr 2003 -

	KAPITEL	Personala 2	ausgaben 1	Sächl Verwaltung 51 -	iche gsausgaben 54	Lauf Übertr 6 ohne	ende agungen 62, 66
Nr.	Bezeichnung	2003	2002	2003	2002	2003	2002
		1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft	12.417	12.332	2.789	2.837	4.662	4.641
1020	Verfassungsgericht	36	36	7	7	- -	-
1030	Rechnungshof	8.972	9.067	984	1.010	150 -	152
	Gesamtausgaben 2003 / 2002	21.425	21.435	3.780	3.854	4.812	4.793
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	10-		74-		19+	
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-					-
	Gegenüber 2002 mehr (+) / weniger (-)	-	-		-		

Stand 11.12.2002

- Ausgaben - - Haushaltsjahr 2003 -

Schuldend 56 - und -hilfe 62, 6		Besor Finanzierur S	ndere ngsausgaben)	Gesamta ohne Inves	ausgaben stitionen	Ausgal für Inves 7 (B	ben titionen), 8	Gesamtau	usgaben	
2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	2003	2002	Ka Nr
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
- -	- -	- -	- -	19.868	19.810	301	382	20.169	20.192	100
-	-	-	-	43	43	- -	-	43	43	102
- -	-	- -	- -	10.106	10.229	129 40	125 40	10.235 40	10.354 40	103
- - H	 - - Н	-	-	30.017	30.082	15 B	507	30.447	30.589	Ges
- - H		-		65-		15+B		142-		+,
- - H	- H	-	-	-	-	- B	- 40	40	40	Ges VE
-		-				- B		-		+

Stand 11.12.2002

	T. 12 . 2002	Т	T	T
Kap, Titel-	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001 (in Tsd. EUR)
Nr.	2 (in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)	(IN ISO. EUR)
1000	Bürgerschaft			
(011)	Anordnungsbefugnis Bürgerschaftskanzlei			
	Einnahmen			
119.01	Einnahmen aus Veröffentlichungen	-	-	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehr- ausgaben bei 531.02			
119.02	Erstattungen parlamentarischer Gremien oder Funktionsträger für sächliche Aufwendungen der Bürgerschaftskanzlei	10	10	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 534.05			
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	_	-	
119.98	Vermischte Einnahmen	-	-	80
129.01	Kostenbeiträge für die Teilnahme am Imbiß bei Plenarsitzungen		-	0
	(Weggefallener Ansatz)			
282.01	Zweckgebundene Einnahmen für Veranstaltungen	-	-	15
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehr- ausgaben bei 534.03			
332.01	Kostenbeiträge anderer Länder zur Entwicklung eines neuen Parlamentsdokumentationssystems	-	-	38
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehr- ausgaben bei 9090.812.56			
389.01	Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungs- leistungen	124	131	
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 429.01			
	Gesamteinnahmen	134	141	
	Ausgaben			
KRD	Kentenrahmen für Diensthezüge	3.615	3.579	3.421
KKD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	3.013	3.373	19R
KRN	Beihilfen, Unterstützg. u. dgl. lt. Kontenrahmen	-	-	8
KRN	Personalbezogene Sachausgaben lt. Kontenrahmen	-	-	8
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.358	1.392	1.208 119R
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt gemäß § 2 HmbAbgG	3.943	3.904	3.654 29R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
411.02	Fahrtkosten und Reisekosten gem. § 3 (4) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung	123	123	109
	Übertragbar			
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			

Stand 11.12.2002

		т	Stand 11.1	Z . 2002
Kap, Titel-	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
Nr.		(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
1000				
411.04	Zuschüsse zum Familienunterhalt an Abgeordnete bzw. ihre Familien	106	106	97 9R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gem § 5 HmbAbgG	88	85	83
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
411.07	Bürokosten gemäß § 3 (1) HmbAbgG.als Aufwandsent- schädigung	639	591	784 128R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
411.08	Kostenpauschale gemäß § 3 (2) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung	486	485	491
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte gemäß § 3 (3) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung	3.033	3.095	2.861
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
411.10	Sitzungsgelder gemäß § 4 HmbAbgG als Aufwandsent- schädigung	232	211	153 16R
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
411.11	Altersentschädigung, Leistungen an Hinterbliebene gem. §§ 11, 14 und 15 HmbAbgG	28	22	5
	Deckungsfähig im Deckungskreis 01			
429.01	Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds Bürgerschaft	124	131	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 389.01			
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1000	-	-	
	Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei den stellengebundenen Personalausgaben im KRD/NSM-Bereich des Kapitels 1000			
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	320	284	215 125R
	Bürgerschaftskanzlei 10			123
	Senatskanzlei 310			
523.01	Mikroverfilmung von Parlamentsmaterialien	15	20	8 2 R
523.02	Bücher, Zeitschriften und Medien der Parlamentsbibliothek	41	39	
525.91	Aus- und Fortbildung	20	20	7
529.01	Verfügungsmittel der Präsidentin	13	13	12R 12 3R
531.01	Bürgerschaftsdrucksachen	500	500	535
				59R
<u> </u>	1	1	L	1

Stand 11.12.2002

	1.12.2002	1	I	
Kap, Titel-	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
Nr.		(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
1000				
531.02	Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerschaft	47	38	163 71R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 534.03			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.01			
531.03 (187)	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	41	39	29 OR
534.01	Sonstige Ausgaben für das Plenum, die Abgeordneten und die Ausschüsse	130	160	98 76R
534.03	Veranstaltungen der Bürgerschaft, Arbeitstagungen, Besuche	165	143	125 37R
	Gegenseitig deckungsfähig mit 531.02			
	Bürgerschaftskanzlei 165			
	Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 282.01			
534.04	Sachausgaben für Parlamentarische Untersuchungs- ausschüsse und Enquete-Kommissionen		-	126
	(Weggefallener Ansatz)			
534.05	Sächliche Aufwendungen für für parlamentarische Gremien und Funktionsträger	10	10	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 119.02			
535.56	IuK-Folgekosten	129	179	185 13R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 671.56			
632.01	Kostenbeitrag Hamburgs an den Landtag von Nordrhein-Westfalen für die Zentraldokumentation Parlamentsspiegel	7	12	12
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	92	92	87 0R
	Übertragbar			
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Landesamtes für Informations- technik	125	99	60
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Lasten 535.56			
684.01 (019)	Staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien nach dem Parteiengesetz	417	417	378 57R
684.02	Zuschüsse an die Fraktionen der Bürgerschaft	4.021	4.021	3.580
701.02	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau)	15		
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs- gegenständen	20		
1	<u>L</u>	I		l

Stand 11.12.2002

2002 Ergebnis 2001 EUR) (in Tsd. EUR) 5 82 327 27R 92
5 82 327 27R
82 327 27R
27R
27R
27R
92
5 3
3R
36 36
2
43
- 12
- 12
- 53
67 8.515 188R
- 49
- 1

Stand 11.12.2002

	T. 12 . 2002	Τ	Γ	Г
Kap, Titel-	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
Nr. 1	2 (in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	3
1030				
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1030	-	-	
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 281.01			
	Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei den stellengebundenen Personalausgaben im KRD/NSM-Bereich des Kapitels 1030			
535.56	Beschaffung und Unterhaltung von IuK-Technik - IuK-Folgekosten	77	101	45 16R
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 671.56			
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs	32	37	36
	Übertragbar			
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen des Landesamtes für Informations- technik	118	115	54 9R
	Übertragbar			
	Einseitig deckungsfähig zu Lasten 535.56			
	Titelgruppe(n)			
Z 61	Sach- und Fachausgaben Rechnungshof			
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	79	79	77 27R
	Rechnungshof 72			271
	Behörde für Soziales und Familie -			
	Finanzbehörde 7			
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	80	80	70 5R
) NC
	Bezirksamt Hamburg-Mitte 26			
	Finanzbehörde 52			
518.61	Mieten und Pachten	667	667	701
	Rechnungshof 510			15R
	Bezirksamt Hamburg-Mitte 157			
	Finanzbehörde -			
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	27	29	36 3R
	Rechnungshof 6			
	Finanzbehörde 21			
525.61	Aus- und Fortbildung	15	15	14 1R
				l

Stand 11.12.2002

			Stand II.I.	
Kap, Titel-	Zweckbestimmung	Ansatz 2003	Ansatz 2002	Ergebnis 2001
Nr.		(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)	(in Tsd. EUR)
1	2 (in Tsd. EUR)	3	4	5
1030				
526.61	Hinzuziehung von Sachverständigen	18	18	4 33R
527.61	Dienstreisen	10	10	10 2R
539.61	Vermischte Verwaltungsausgaben	11	11	12 0R
	Summen für Z 61	907	909	925 86R
812.56	Beschaffung von IuK-Technik und Iuk-gerechter Büro ausstattung	129 40VE	125 40VE	38 41R
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	10.235 40VE	10.354 40VE	
	<u> </u>	I	l	

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD)

Stand 11.12.2002

1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

- Haushaltsjahr 2003 -

		Titel	421.91	422.91
Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Gesamt- betrag	Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft Personalamt -ZPD-	3.615	_	1.159
1030		8.972	-	5.940
	Summe 2003	12.587	-	7.099
	Summe 2002	12.646	-	7.152
	Ergebnis 2001 Ist Rest	11.936 207R	= =	6.565 140R

Kontenrahmen für Dienstbezüge - in Tsd. EUR - (KRD)

Stand 11.12.2002

 $1.0\ {\tt B\"{u}rgerschaft,\ Verfassungsgericht,\ Rechnungshof}$

- Haushaltsjahr 2003 -

Titel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäftigungs- entgelte, Auf- wendungen für nebenamtlich u. nebenberuflich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
1000	1.889	0	2	347	171	-	47
1030	929	0	0	1.782	83	-	238
	2.818	0	2	2.129	254	-	285
	2.807	0	2	2.145	253	-	287
	2.805 17R	0 0	76 0	1.972 42R	255 2R	<u>-</u>	263 6R

1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

		Titel	511.99	514.99
Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Gesamt- betrag	Geschäftsbedarf Kommunikation, Geräte und Aus- stattungsgegen- stände	Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft Bürgerschaftskanzlei Senatskanzlei Personalamt -ZPD-	951 407 -	100 47 -	= -
1020	Verfassungsgericht Verfassungsgericht	5	2	-
	Summe 2003	1.363	149	-
	Summe 2002	1.397	161	-
	Ergebnis 2001 Ist Rest	1.211 122R	195 39R	- -

1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap.	Bewirtschaftung der Grundstücke	Mieten u.Pachten	Sachverständige, Gerichts- und andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Ver- waltungsausgaben
6	7	8	9	10	11
1000	85 310	740 50 -	- - -	10	16
1020	-	-	1	1	1
	395	790	1	11	17
	396	809	2	13	16
	322 32R	655 43R	8 2R	7 3R	25 2R

Erläuterungen zu den Kapiteln

1000 Bürgerschaft

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Bürgerschaft ist das Landesparlament der Freien und Hansestadt Hamburg. Die wichtigsten Funktionen sind die Gesetzgebung, die Kontrolle des Senats sowie die Ausübung des Budgetrechts.

Die Bürgerschaftskanzlei ist die Verwaltungseinrichtung des Landesparlamentes. Sie untersteht der Präsidentin der Bürgerschaft und unterstützt diese bei der Durchführung ihrer Verwaltungsaufgaben. Die Bürgerschaftskanzlei erbringt vielfältige Dienstleistungen für das Parlament und setzt gesetzliche Leistungen für die Abgeordneten, die Fraktionen, die Gruppen und die Parteien um.

2. Übersicht über Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2003	2002	+,	<i>I</i> –
		in Tsd. EUR		in %
Einnahmen ¹	134	141	- 7	- 5,0
davon:				
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	10	10	0	0,0
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)	0	0		
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)	0	0		
Ausgaben	20.169	20.192	- 23	- 0,1
davon:				
Personalausgaben	12.417	12.332	85	0,7
Sach- und Fachausgaben	7.451	7.478	- 27	- 0,4
Sonstige Betriebsausgaben	-	-		
Investitionen	301	382	- 81	- 21,2

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2003 (in %)	Gesamtplan	Kapitel 1000
Personalausgaben	36,4	61,6
Sach- und Fachausgaben	41,5	36,9
Investitionen	9,9	1,5

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

	20	001		20	000		
Gesamtsoll ²	Ist	auf 2002 übertragen	e Reste	Gesamtsoll ²	Ist	Auf 2001 übertragene Reste	
In Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR in %		in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
489	473	16 3,3		487	328	158	32,4

¹ Zur Darstellung und Abwicklung des Sondervermögens "Versorgungsleistungen für Abgeordnete" werden als haushaltstechnische Verrechnung 124 Tsd. EUR veranschlagt.

² Ansatz einschließlich Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Verwaltungseinnahmen im Bereich der Bürgerschaftskanzlei entwickeln sich gleichbleibend. Durch die Neufassung der Richtlinie gem. § 2 Absatz 7 Fraktionsgesetz über die Inanspruchnahme und Nutzung von Dienstleistungen und technischen Einrichtungen der Bürgerschaftskanzlei durch die Fraktionen und Gruppen sowie die unentgeltliche Überlassung von Räumen und Gegenständen an die Fraktionen und Gruppen, werden nunmehr die Kosten für die Bereitstellung von Telefonanschlüssen, Pauschalen für Telefon- und Internetanschlüsse sowie je ein Kopiergerät von der Bürgerschaftskanzlei übernommen. Bislang hatten die Fraktionen und die Gruppe die entstehenden Kosten für diese Einrichtungen der Bürgerschaftskanzlei erstattet. Die entsprechenden Einnahmen entfallen nun.

Zur Darstellung und Abwicklung des Sondervermögens "Versorgungsleistungen für Abgeordnete" werden als haushaltstechnische Verrechnung 124 Tsd. EUR veranschlagt.

Ausgaben

Personalausgaben

KRD Im KRD der Bürgerschaft sind für das Jahr 2003 ausschließlich die Personalkosten der Bediensteten der Bürgerschaftskanzlei veranschlagt.

Im Deckungskreis 01 – Leistungen an Abgeordnete und deren Familien – steigen die Ausgaben leicht an. Der Anstieg um 56 Tsd. EUR wird im Folgenden erläutert.

- 411.01 Veranschlagt ist das steuerpflichtige Entgelt nach § 2 des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes (HmbAbgG) einschließlich Übergangsgeld und -hilfe für geschätzt durchschnittlich 7 ausscheidende Abgeordnete und Doppelleistungen, die durch den Wechsel von Funktionsträgern entstehen. Seit dem 01.05.2002 beträgt das Entgelt 2.196 EUR, ab dem 01.04.2003 wird das Entgelt auf 2.224 EUR erhöht. Der Abzug für Versorgungsleistungen nach § 10 HmbAbgG richtet sich nach dem Rentenversicherungsbeitragssatz, der zum Zeitpunkt der Veranschlagung 19,1 % beträgt. Anders als in den Vorjahren entfällt bei der Veranschlagung der Abzug für diese Versorgungsleistungen, weil diese Beträge ab 2002 einem eigens dafür eingerichteten Sondervermögen zugeführt werden sollen. Das Entgelt ist daher in voller Höhe ohne Abzug zu veranschlagen. Bei der Veranschlagung handelt es sich dabei um ein Gesamtvolumen von 3.943 Tsd. EUR. Insgesamt liegt die Veranschlagung 49 Tsd. EUR unter der von 2002, da hier noch die Zahlung von Übergangsleistungen an die durch den Wechsel der Wahlperiode in 2001 ausgeschiedenen Abgeordneten erfolgte.
- Veranschlagt sind die Fahrtkosten der Abgeordneten für die Nutzung des Hamburger Verkehrsverbundes sowie Reisekosten gemäß § 3 (4) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung.
- 411.04 Veranschlagt sind die nach altem Recht weiterhin zu leistenden Zuschüsse zum Familienunterhalt an Abgeordnete und deren Angehörige (§ 28 HmbAbgG).
- 411.06 Veranschlagt sind Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung gemäß § 5 HmbAbgG.
- 411.07 Veranschlagt sind die monatlichen Pauschalen als Zuschuss zu den laufenden Kosten eines Abgeordnetenbüros sowie einmalige Pauschalen (§ 3 (1) HmbAbgG) für geschätzt durchschnittlich sieben neu eintretende Abgeordnete und zusätzlich vier einmalige Pauschalen für den Wechsel von Abgeordnetenbüros während des Jahres als Aufwandsentschädigung. Mit Wirkung vom 01.05.2002 wurde der Zuschuss von 389 EUR auf 420 EUR monatlich erhöht.
- 411.08 Veranschlagt ist die monatliche Kostenpauschale für Abgeordnete gemäß § 3 (2) HmbAbgG einschließlich der Pauschalen für geschätzt durchschnittlich sieben neu eintretende Abgeordnete als Aufwandsentschädigung.
- 411.09 Veranschlagt sind die Zuschüsse zu den Kosten für die Beschäftigung von Hilfskräften als Aufwandsentschädigung. Nach § 3 (3) HmbAbgG haben die Abgeordneten Anspruch auf Erstattung der Kosten bis zur Hälfte eines Tarifgehalts nach Vergütungsgruppe BAT II a auf der Grundlage des Durchschnittsbetrags aller Lebensalterstufen, eines Ortszuschlags nach Stufe 1 und der allgemeinen Zulage zuzüglich der für den öffentlichen Dienst tarifvertraglich vereinbarten weiteren Bezüge, der von den Abgeordneten zu tragenden Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und des Beitrags zur gesetzlichen Unfallversicherung. Zusätzlich ist wie in den Vorjahren der Wechsel von sieben Abgeordneten kalkuliert; hierdurch fallen für einen Monat zusätzliche Kosten an. Da die Höchstbeträge erfahrungsgemäß nicht ausgeschöpft werden, wurde der Ansatz für 2003 3 % niedriger festgelegt. Eine lineare und strukturelle Erhöhung für das Jahr 2003 wurde bei der Veranschlagung in Höhe von 1,5 % eingerechnet.
- 411.10 Veranschlagt sind die Sitzungsgelder für die Abgeordneten gemäß § 4 HmbAbgG als Aufwandsentschädigung.

- 411.11 Veranschlagt sind die Altersentschädigung an Abgeordnete sowie die Leistungen an Hinterbliebene gemäß §§ 11, 14 und 15 HmbAbgG. Die Anzahl der anspruchsberechtigten Abgeordneten wird 2003 auf 15 steigen. Der Anspruch selbst erhöht sich durch die ansteigende Dauer der Mitgliedschaft der Abgeordneten seit Einführung der Altersentschädigung.
- 429.01 Dem Titel werden die "Einnahmen" aus 1000.389.01 Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungsleistungen (haushaltstechnische Verrechnungen) zugeführt. Ausgehend vom Titel 1000.411.01 wird die Summe der monatlichen Verzichtsbeträge zum Erwerb von Versorgungsansprüchen der Abgeordneten über 389.01 diesem Titel zugeführt. Von hier aus werden die Beträge dann, nach Beschluss der Bürgerschaft, einer Vermögensanlage zugeführt. Der Abzug für Versorgungsleistungen nach § 10 HmbAbgG richtet sich nach dem Rentenversicherungsbeitragssatz, der zum Zeitpunkt der Veranschlagung 19,1 % beträgt. Die Abgeordneten verzichten auf einen Anteil von 50 v.H. des aktuellen Beitragssatzes.

Sach- und Fachausgaben

- 519.01 Veranschlagt sind die Bauunterhaltungsmittel für die externen Anmietungen der Bürgerschaftskanzlei, die im Rahmen der Unterbringung neuer Fraktionen nach der Wahl notwendig wurden. Die "Kerndienstgebäude" Rathaus und Alte Post werden weiterhin von der Senatskanzlei betreut.
- 531.02 Veranschlagt sind Kosten für die Darstellung der Hamburgischen Bürgerschaft und ihrer Gremien in der Öffentlichkeit. Dazu gehören Publikationen (z. B. Faltblätter "Die Bürgerschaft Aufgaben und Funktionen", "Das Eingabeverfahren", Sitzungskalender, Bürgerhandbuch), das Internetangebot sowie ein Video über die Arbeit der Bürgerschaft. All diese Veröffentlichungen müssen in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden.
- 534.01 Sonstige Ausgaben für das Plenum umfassen die Mittel, die aufgrund von Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse entstehen, z. B. Kosten für Anhörverfahren, Kosten für die Übersetzung ausländischer Schriftstücke an die Bürgerschaft, Gerichts-, Sachverständigen- und Anwaltskosten für das Plenum und Delegationsreisen. Für 2003 sind hier beispielsweise Delegationsreisen anlässlich des 300. Jahrestages St. Petersburgs und der Konferenz der Ostseeparlamentarier zu nennen. Auch die geplante Intensivierung der Pflege der Städtepartnerschaften seitens der Bürgerschaft kann zu weiteren Kosten führen.
- In diesem Titel sind Kosten für Veranstaltungen, Empfänge, Arbeitstagungen und protokollarische Verpflichtungen (z. B. Bewirtung ausländischer Staatsgäste und offizieller Besuche) veranschlagt. Beispiele für etablierte Veranstaltungen sind Jugend im Parlament, der Tag der offenen Tür im Rathaus, der Parlamentarische Abend oder das Sommerfest im Rathausinnenhof. Hinzu kommen die Veranstaltungen der Bürgerschaft im Rahmen des Holocaust-Gedenktages (im Jahr 2002: Ausstellung "Ein KZ wird geräumt" und szenische Lesung "Spiegelgrund") und die Vorträge im Rahmen des "Bürgerschaftsforums". Im Jahr 2003 fallen in Folge einer Bürgerschaftsdelegationsreise nach China für den angekündigten Gegenbesuch aus Shanghai erhebliche Kosten an. Da die nationalen Transport- und Unterbringungskosten vom jeweiligen Gastgeber getragen werden, finanziert die Bürgerschaft im Jahr 2003 den Deutschlandaufenthalt der chinesischen Abgeordneten so wie Shanghai im Herbst 2002 die innerchinesischen Reisekosten der Hamburger Delegation trägt.

Investitionen

- 701.02 Erstmalig veranschlagt sind Mittel für kleine Baumaßnahmen (Hochbau) für die Dienstgebäude (ausgenommen Rathaus) der Bürgerschaft.
- 812.01 Bei diesem Titel ist die Neuausstattung eines Sitzungssaales mit Geräten und Möbeln veranschlagt.
- 812.56 Die luK-Investitionen der Bürgerschaft werden neben den Ersatzbeschaffungen und infrastrukturellen Maßnahmen durch folgende große Maßnahmen geprägt sein:

Die Einführung einer Presse-Nachweisdatenbank: Durch den Einsatz des elektronischen Presseclippingsystems besteht in der Pressedokumentation seit 1999 ein Pool mit Daten zu den archivierten Zeitungsartikeln (wie z.B. Urheber, Titel, Datum). Die Speicherung dieser sog. Nachweisdaten ist urheberrechtlich unbedenklich (vergleichbar einem Bibliothekskatalog). Mit einer Pressedatenbank – auch als Bestandteil von BürgerschaftOnline – wird es möglich, dass Abgeordnete, Fraktionen und Mitarbeiter selbstständig und unabhängig von den Öffnungszeiten der Pressedokumentation gezielt und benutzerfreundlich komfortabel durch Eingabe von Themen, Quelle, Namen usw. Presseartikeln suchen. Die Speicherung der Artikel wird im Rahmen der urheberrechtlichen Möglichkeiten elektronisch erfolgen (z. B. optische Speicherung durch Einscannen).

Integration / Konsolidierung der in der Bürgerschaft eingesetzten Datenbankanwendungen: Die Entwicklung der Datenbanksysteme der Bürgerschaft zielt auf eine Gesamtlösung, mit der die Mehrfachnutzung von Daten ermöglicht und redundante Dateneingaben vermieden werden sollen. Es sollen die Anpassungen, die für die Integration notwendig sind, realisiert werden. Außerdem werden für die Expertensysteme Maskenverbesserungen und

1000

-vereinheitlichungen, Reports (z.B. Ausgabe von Redebeiträgen nach Sprechern) sowie die Einbindung von neuen Dateiarten und Medieneinheiten ermöglicht werden.

Digitale Sprachaufzeichnung: Als Erweiterung der in Planung befindlichen Erneuerung der zentralen Mithör- und Ton-Dokumentationsanlage für das Rathaus soll auch die Übernahme von digitalen Tonsignalen und die digitale Tonaufzeichnung von Plenar- und Ausschusssitzungen sowie die Tonwiedergabe an den Arbeitsplätzen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Referates Ausschussangelegenheiten realisiert werden. Dieses System soll die störanfälligen und veralteten Tonbandgeräte ersetzen. Außerdem soll es ermöglicht werden, die aufgezeichneten Tonaufnahmen zu archivieren.

4. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Bürgerschaftskanzlei ist wie folgt organisiert:

	Bürgersch	aftskanzlei	
Abteilung A	Abteilung B	Abteilung C	Abteilung D
Produktgruppe 1	Produktgruppe 2	Produktgruppe 3	Produktgruppe 4
Interner Service, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung	Plenar- und Ausschuss- angelegenheiten	Recht, Eingaben und Abgeordneten- angelegenheiten	Parlamentarische Informationsdienste
Allgemeine Verwaltung	Plenarangelegenheiten	Recht und Eingaben	Parlaments- dokumentation
Informations- und Kommu- nikationstechnik	Ausschuss- angelegenheiten	Abgeordneten- angelegenheiten	Parlamentsbibliothek
Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll			Pressedokumentation
Controlling und Neues Steuerungsmodell			Internetservice für Abgeordnete

1020 Hamburgisches Verfassungsgericht

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Aufgaben und Ziele des Hamburgischen Verfassungsgerichts

Das Hamburgische Verfassungsgericht gewährt Rechtsschutz nach Maßgabe des Art. 65 Abs. 2 der Hamburger Verfassung (HV) in Verbindung mit § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfG). Durch seine Rechtsprechung schafft es Rechtssicherheit für die Verfahrensbeteiligten und die Allgemeinheit in den in Art. 65 Abs. 2 HV geregelten Bereichen.

Personalausgaben

Für das Amt des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts und des Hanseatischen Oberlandesgerichts besteht für die Dauer der Amtszeit des jetzigen Amtsinhabers eine Ämterverbindung. Außerdem ist die Geschäftsstelle des Hamburgischen Verfassungsgerichts beim Hanseatischen Oberlandesgericht angesiedelt. Daher sind die Stelle des Präsidenten und die Kapazitäten der Geschäftsstelle im Produktbereich Ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften (Kap. 2110) enthalten. Die übrigen Richterinnen und Richter werden von der Bürgerschaft gewählt. Außer den gesetzlichen Leistungen (Aufwandsentschädigungen) entstehen für sie im Bereich des Hamburgischen Verfassungsgerichts keine Personalkosten.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

		2003	2002	+.	<i> </i> _
		in Tsd. EUR			in %
Einnahmen		-	-		
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc.	(Hgr. 1)				
Zuweisungen, Zuschüsse	(Hgr. 2)				
Investitionszuschüsse etc.	(Hgr. 3)				
Ausgaben		43	43		
Davon:					
Personalausgaben		36	36		
Sach- und Fachausgaben		7	7		
sonstige Betriebsausgaben		-	-		
Investitionen		-	-		

3. Produktinformationen für das Kapitel 1020, Hamburgisches Verfassungsgericht

Ziele des Produktbereichs

Gewährung von Rechtsschutz gemäß Art. 65 Abs. 2 der Hamburger Verfassung (HV) i.V.m. § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfG), Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung.

Produktgruppe: Hamburgisches Verfassungsgericht

Produkte

- P1 Erledigung der in Art. 65 Abs. 2 Nr. 1 bis 6 HV und § 14 des Gesetzes über das HVerfG aufgeführten verfassungsgerichtlichen Streitigkeiten, insbesondere über die Auslegung der Verfassung, über die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Verfassung oder abgeleitetem Landesrecht mit den Landesgesetzen, über die Auslegung oder Anwendung des Landesrechts, über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung und über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Bürgerschaft in Wahlanfechtungssachen
- P2 Erledigung von Justizverwaltungsangelegenheiten, insbesondere Bescheidung von Eingaben
- P3 Erledigung von Justizverwaltungsangelegenheiten
- P4 Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personalorganisation, Verwaltung von Haushaltsmitteln einschl. Haushaltsführung und Raumverwaltung sowie Öffentlichkeitsarbeit)

1030 Rechnungshof

1. Aufgaben, Ziele und Organisation des Rechnungshofs

1.1 Aufgaben und Ziele

Auf der Grundlage seines Verfassungsauftrages nach Art. 71 der Hamburger Verfassung, der Landeshaushaltsordnung und des Rechnungshofgesetzes überwacht der Rechnungshof die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg. Er prüft insbesondere die Verwaltung, wirkt am parlamentarischen Entlastungsverfahren mit und berät Bürgerschaft, Senat und den Präses der Finanzbehörde. Seine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet,

- auf eine bestimmungsgemäße, wirtschaftliche und sparsame Verwendung staatlicher Mittel hinzuwirken,
- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der staatlichen Einrichtungen bei sich wandelnden Anforderungen zu verbessern,
- die für die Haushalts- und Wirtschaftsführung bedeutsamen Entwicklungen und ihre Zusammenhänge offen zu legen und auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Der Rechnungshof ist unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

1.2 Organisation

Der Rechnungshof gliedert sich derzeit organisatorisch wie folgt:

_			Rech I				
			Präsident			tere Mitglieder s Kollegiums	
		Prüfungsgebiet	Prüfungsgebiet 2	1	gsgebiet 3	Prüfungsgebiet 4	Prüfungsgebiet 5
Präsidial- angelege heiten, Verwaltur angelege heiten, Angelege heiten de luK-Tech	ung - en- ngs- en- en-	Bürgerschaft, Senat, Senats- ämter, Behörde für Bildung und Sport, Behörde für Wissenschaft und Forschung, Universitäten, Hochschulen, Organisation und Wirtschaft- lichkeit, Verwal- tungs- modernisierung, luK-Technik	Steuern (Finanz- ämter, Ober- finanzdirektion), Behörde für Soziales und Familie, Behörde für Umwelt und Gesundheit – Amt für Gesund- heit –, staatliche Krankenhäuser, einschl. Uni- versitätsklinikum Hamburg- Eppendorf	Kulturbe Theater, en, Nord	hörde, Muse- Ideut- undfunk, für aft und sehörde elt und neit, nigung,	Haushalt ins- gesamt, Finanz- planung, Ver- schuldung, Kassen- und Rechnungs- wesen, Perso- nalausgaben, Stellenwirtschaft, Justizbehörde, Behörde für Inneres, Finanz- behörde	Ingenieurbauten, Landschafts- bauten, Hoch- bauten, Be- triebstechnik, Bauverwaltung, Strom- und Hafenbau, Vergabewesen

2. Ressourceneinsatz und Prüfungstätigkeit

2.1 Der Rechnungshof verfügt über 137 Stellen (2002 = 137 Stellen). 6 Stellen entfallen auf den Leitungsbereich (Mitglieder des Kollegiums des Rechnungshofs). Von den 131 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden 112 (86 %) unmittelbar für operative Prüfungsaufgaben eingesetzt. 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (8 %) entfallen auf zentrale Dienste (einschl. luK-Technik, Vorzimmerkräfte, Botendienst), 8 (6 %) auf Intendanz und allgemeine Dienste (einschl. Personal-, Haushalts- und Organisationsangelegenheiten, Angelegenheiten der Bürgerschaft, Organisation der Fortbildung).

Die Prüfungskapazität des Rechnungshofs wird im Wesentlichen entsprechend dem jeweiligen Haushalts- und Personalvolumen der zu prüfenden Verwaltungseinheit (Behörden, Dienststellen, Unternehmen) eingesetzt; besondere Schwerpunktsetzungen können sich jedoch aus aktuellen Anlässen und besonderen Problemlagen ergeben. Grundlagen hierfür sind der Geschäftsverteilungsplan und die Arbeitsplanung des Rechnungshofs.

- 2.2 Der Rechnungshof wählt seine Prüfungen unter Berücksichtigung ihrer Wirksamkeit und Prävention aus. Er richtet seine Prüfungen insbesondere aus auf
 - Aufgabenfelder mit hoher finanzieller Bedeutung,
 - wichtige Aufgaben und Programme sowie auf die Einhaltung wesentlicher Ordnungsregelungen,
 - grundlegende Fragen der Zielsetzung, des Verwaltungsaufbaus, der Planung, des Vollzugs, der Kontrolle und der Steuerung.

Der Rechnungshof stellt in jedem Jahr auf:

- eine vier Jahre umfassende Mittelfristige Prüfungsplanung, in die die in Aussicht genommenen Prüfungsvorhaben mit übergreifender Themenstellung sowie von besonderer Bedeutung aufgenommen werden,
- einen Gesamtarbeitsplan, der für das laufende Jahr sämtliche Prüfungen enthält.

Beide Unterlagen enthalten Aussagen über die für die einzelnen Prüfungen erforderlichen personellen Kapazitäten. Es handelt sich hierbei um Planungs- und Entscheidungsunterlagen des Rechnungshofs, die immer aktuellen Entwicklungen neu angepasst werden, aus der Natur der Sache intern sind und Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden können.

- 2.4 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs deckt ein breites Spektrum von Zielen, Inhalten und Vorgehensweisen ab. Dementsprechend differieren die Prüfungen erheblich hinsichtlich ihrer Komplexität, ihres Schwierigkeitsgrades sowie ihres Personal- und Zeitaufwandes. Von daher unterscheidet der Rechnungshof insbesondere
 - Prüfungen, die sich im Wesentlichen auf die Ordnungsmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung konzentrieren (Rechnungsprüfungen),
 - Prüfungen der Organisation, des Technikeinsatzes und der wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung (Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen),
 - Prüfungen der staatlichen Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen (Betätigungsprüfungen),
 - Prüfungen, die die gesamte Verwaltung oder mehrere Behörden einbeziehen (Querschnittsprüfungen),
 - Prüfungen, die auf Wirkungsanalyse, Erfolgskontrolle oder Aufgabenkritik gerichtet sind.
- 2.5 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs schlägt sich insbesondere in Prüfungsmitteilungen an die Verwaltung, den jährlichen Berichten an die Bürgerschaft und den Senat (§ 97 LHO) oder auch z. B. in Sonderberichten (§ 99 LHO) und gutachtlichen Äußerungen (§ 88 LHO) nieder. In den Jahresberichten fasst er die Ergebnisse seiner Prüfungen, soweit sie für die Entlastung des Senats von Bedeutung sein können, zusammen. Dies spiegelt naturgemäß nicht das gesamte Prüfungsgeschehen wider. Die Erörterung des Prüfungsstoffs und die Auseinandersetzung mit der Verwaltung sind vielfach weder mit den Prüfungsmitteilungen noch mit dem Jahresbericht abgeschlossen, weil die Umsetzung von Forderungen und Empfehlungen des Rechnungshofs ebenso wie die Umsetzung parlamentarischer Beschlüsse und die Beantwortung bürgerschaftlicher Ersuchen durch die Behörden oft geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Über seine Prüfungstätigkeit hinaus begleitet er die Einrichtung und Fortentwicklung von Kassenverfahren für den Haushalt, die Steuern oder von kassenwirksamen Verwaltungsverfahren wie z.B. PROSA, soweit gesetzlich das Einvernehmen mit dem Rechnungshof vorgeschrieben ist, und äußert sich gegenüber der Verwaltung u.a. zu Verwaltungsvorschriften des Haushalts- und Kassenwesens oder zu organisatorischen Maßnahmen (§§ 79, 102, 103 LHO).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

3.1 Übersicht über die Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2003	2002	+.	<i>I</i> –	
	•	in Tsd. EUR		in %	
Einnahmen					
davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)					
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)					
Investitionszuschüsse etc. (Hgr. 3)					
Ausgaben	10.235	10.354	- 119	1,1	
davon:					
Personalausgaben	8.972	9.067	- 95	1,0	
Sach- und Fachausgaben	1.134	1.162	- 28	2,4	
Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionen	129	125	4	3,2	
Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2002 (in %)	Gesan	ntplan	Kapite	el 1030	
Personalausgaben	36	,4	87,5		
Sach- und Fachausgaben	41	,5	11,2		
Investitionen	9	,9		1,3	

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

	2001				20	00	
Gesamtsoll 3	lst	Übertragene Reste		Gesamtsoll ³	Ist	Übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR in %		in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
79	38	41 52		69	63	6	8,7

3.2 Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD) und Stellenplan

Siehe Angaben im Vorwort zum Einzelplan 1.0 unter 4.

3.3 Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben des Rechnungshofs umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb von 907 Tsd. EUR,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von luK-Technik von 101 Tsd. EUR,
- Kosten für die Inanspruchnahme des Landesamtes für Informationstechnik (LIT) von 118 Tsd. EUR.

3.4 Investitionen

Die veranschlagten 129 Tsd. EUR werden für die im Planungszeitraum 2003-2005 geplante Modernisierung der technischen luK-Architektur des Rechnungshofs sowie die Erhöhung der Daten- und Netzsicherheit und für Ersatzbeschaffungen der vorhandenen luK-Ausstattung benötigt.

³ Ansatz zuzüglich übertragener Reste aus Vorjahren, abzüglich Vorgriffen.

Haushaltsplan Freie und Hansestadt Hamburg Haushaltsjahr 2003

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

I. Stellenbestand

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
1,00						Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

			Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
EPL	Bezeichnung	Jahr	Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1000	Bürgerschaft	2003 2002	26,50 24,00			48,55 46,50				75,05 70,50
1030	Rechnungshof	2003 2002	113,00 114,00			24,00 23,00				137,00 137,00
	gesamt:	2003 2002	139,50 138,00	,						

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

					(des Haushal	derungen m Stellenpla tsplans 2002	<u>.</u>	Stellenplan 2003	Diffe- renz
E	Kapitel		Anzahl		Verlag	erung	Neue	Stellen-	Anzahl	
P			der				Stellen	abgänge	der	
L			Stellen	Vollzug	Zugang	Abgang			Stellen	2003/
			2002	kw					2003	2002
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.0	1000 Bürgerschaft		70,50				6,00	-1,45	75,05	4,55
	1030 Rechnungshof		137,00					•	137,00	0,00
		Summe:	207,50	+0,00	+0,00	+0,00	+6,00	-1,45	212,05	4,55

Einzelplan	1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel	1000	Bürgerschaft

kw 2003	kw 2004	kw 2005	kw 2006	kw >2006	kw o.T.	Vermerke
1,00						Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

	2003			2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 6 A 16 A 15 A 14 A 13 A 13 A 12 A 11 A 10	1,00 2,00 2,00 1,00 1,00 3,00 6,00 7,50 2,00	1,00	1)	6,00 6,00 1,00 1,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat zum 31.12.2003
Summe:	26,50			24,00	

B 6 Direktorin/ Direktor bei der Bürgerschaft (1,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13 Oberantsrätin/ Oberamtsrat (3,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (6,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (7,50)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

	2003			2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 12	3,00			3,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	4,00			4,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (3,00)

A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1000 Bürgerschaft

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

	2003			2002	aus	gebracht gemäß
Wertigkeit	Anzahl	Anzahl davon		Anzahl	§ 50a (1)	
A 12 A 12	2,00			2,00	Nr. 7	
A 12 A 9	1,00 1,00			1,00 1,00	Nr. 7	H.Beschl.
gesamt:	4,00			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	·	jerung	Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
					Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 11		1,00							1,00	Haushaltsbeschluss Aufrechterhaltung des hohen Service und Leistungsniveaus, Deckung des Mehrbedarfs duch Betreuung von nunmehr 5 Fraktionen Betreuung der Enquete-Kommissionen und parlamentarischen Untersuchungsausschüsse sowie Deckung des Mehrbedarfs für Personalbetreuung und Personalentwicklung
Summe Beamtini	nen/ Beamte									
	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe der Verä	nderungen v 0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe Beamtin	nen/ Beamte 0,00		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,50	

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof Kapitel 1000 Bürgerschaft

	2003			2002	Vermerke
Wertigkeit	Wertigkeit Anzahl davon Vermerk Nr.		Anzahl		
Angestellte					
la	2,00			2,00	
II a hD	6,00			4,00	
IV a	2,00			2,00	
IV b	3,00			3,00	
IV b V b gD	10,00				
V b mD	0,55			0,00	
Vc	7,50			7,00	
VIb	13,00			13,00	
VII	2,50			2,50	
IX b/VII	1,00			4,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	48,55			46,50	
Summe (ohne *) insgesamt	75,05			70,50	

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1000 Bürgerschaft

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Enauterunge	I Zu uen s	<u> Jenenani</u>	uei un gen							-
Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- Verlage abgänge		erlagerung Umwand- lung		Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
II a hD		1,00								Haushaltsbeschluss; Durch das neue Aufgabenfeld Europaangelegenheiten ist Klärungsbedarf für rechtliche Fragen entstanden, außerdem Vorbereitung der Präsidentenkonferenz, Beschleunigung der Auschussangelegenheiten Haushaltsbeschluss Betreuung von luK- Projekten, die bislang nur extern vergeben
										werden konnten, Datenbankentwicklung und anwendung, Betreuung und Beratung Fraktionen
V b gD		1,00							1,00	Haushaltsbeschluss Durch die Einrichtung des Präsidiums sind neue Aufgabenfelder im administrativen Bereich entstanden.
IX b/VII			-1,00						-1,00	Stellenstreichung für Drucksache 16 / 5318
Summe Angeste										-
	0,00	3,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe der Verä	nderungen v 0,00			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,05	
Summe unterhall				0,00	0,00	0,00	0.00	0,00	0,00	≣
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	<u> </u>
Summe Angeste	llta inegaeam	nt								
Julille Aligeste	0,00		-1,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,05	
Cumma (ak *	\ inaggae									
Summe (ohne *	0,00	i	-1,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,55	

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof Kapitel 1030 Rechnungshof

I. Stellenbestand

	2003			2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
B 10	1,00	1,00	1)	1,00	Einschließlich einer Aufwandsentschädigung von monatlich 230,08 EUR.
B 6	1,00			1,00	
B 4	4,00			4,00	
A 16	12,00			13,00	
A 15	11,00			11,00	
A 14	18,00			18,00	
A 13	11,00			11,00	
A 13	42,00			42,00	
A 12	9,00			9,00	
A 9	4,00			4,00	
Summe:	113,00			114,00	

B 10 Präsidentin/ Präsident des Rechnungshofes (1,00)
B 6 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Rechnungshofes (1,00)
B 4 Direktorin/ Direktor bei dem Rechnungshof (4,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (12,00)
A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (11,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (18,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (11,00)
Oberrechnungsrätin/ Oberrechnungsrat (42,00)
A 12 Rechnungsrätin/ Rechnungsrat (9,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)

	2003			2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *	 				
A 16 A 13	1,00			1,00	
A 13	3,00		_	4,00	
Summe:	4,00			5,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 13 Oberrechnungsrätin/ Oberrechnungsrat (3,00)

	2003			2002	Vermerke		
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl			
Angestellte							
l la llahD	1,00 3,00 1,00			0,00 3,00 1,00			
III IV a	1,00 3,00		ç	1,00 2,00			

Einzelplan	10	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
		Bulgoroonari, vortaodangogorioni, reconnungorior
Kapitel	1030	Rechnungshof
		1.1001

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

	2003	1		2002	ausgebracht gemäß		
Wertigkeit	Wertigkeit Anzahl davon		Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)		
A 16	1,00			1,00	Nr. 6		
A 13	2,00			2,00	Nr. 5		
A 13	1,00			1,00		H.Beschl.	
A 13	0,00			1,00	Nr. 1		
gesamt:	4,00			5,00			
_							

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen	
			: :		Ab- gang						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
A 16						-1,00			-1,00	Umwandlung n. Art. 8 Nr. 5 HHB	
Summe Beamtin	nen/ Beamte 0,00		0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00		
I IV a						1,00	1,00		1,00	Umwandlung n. Art. 8 Nr. 5 HHB veränderte Anforderungen in der Präsidialabteilung	
										r rasidialabtellulig	

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1030 Rechnungshof

I. Stellenbestand

	2003			2002	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV b	3,00			3,00	
V b gD	1,00			2,00	
V b mD	1,00			1,00	
Vс	6,00			6,00	
VIb	2,00			2,00	
IX b/VII	1,00			1,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	24,00			23,00	
Summe (ohne *)	137,00			137,00	
insgesamt					

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1030 Rechnungshof

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

1 1 2					Verlagerung		Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
1 1				Zu-	Ab-	_		_		
1 :		- 1			gang					
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Angestellte										
<u> </u>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	2,00	
Summe unterhalb von l	Erläuterur	ngsgrenze	n							
	0,00	0,00		0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	-1,00	
Summe Angestellte ins	sgesamt									
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	1,00	

Summe (ohne *) insgesamt	:	:	:	:	:	:	:	0.00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
							1	

Übersicht über die im Deckungskreis 01 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 01 / Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

	Zugalshaatimmung	2003		2002		20			01	2001
Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	Tsd. I	EUR	Tsd. EUR		Tsd.	EUR	Tsd. EUR		Tsd. EUR
	(ggi. gckurzt)	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Abweichung
1000	Bürgerschaft									
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt	3.943		3.904		3.654	29	3.658		- 4
411.02	Fahrt- und Reisekosten	123		123		109		124		- 15
411.04	Zuschüsse zum Familienunterhalt	106		106		97	9	106		- 9
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung	88		85		83		87		- 4
411.07	Bürokosten	639		591		784	128	784		
411.08	Kostenpauschale	486		485		491		487		4
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte	3.033		3.095		2.861		3.063		- 202
411.10	Sitzungsgelder	232		211		153	16	211		- 58
411.11	Altersentschädigung	28		22		5		21		- 16
Summe	Deckungskreis 01	8.678		8.622		8.237	182	8.541		- 304